

Intercultural Mainstreaming – Strategie für eine gerechtere Gesellschaft¹

von Uwe Ahlemeyer

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. In kaum einer Stadt wird das deutlicher als in Berlin. Die Stadt ist vielfältig, lebendig und vereint Kulturen. Mehr als 450.000 Menschen aus anderen Ländern haben Berlin zu ihrer Heimat gemacht. Und so nimmt das Themenfeld Migration/Integration in den Wahlprogrammen der Parteien zur Abgeordnetenhauswahl im September 2006 breiten Raum ein, so auch bei Bündnis 90/Die Grünen. Hier wurde auf Antrag der bündnisgrünen Landesarbeitsgemeinschaft Migration zum Thema „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ folgender Passus ins Wahlprogramm aufgenommen: „Ziel der interkulturellen Öffnung der Verwaltung ist die Etablierung eines ‚intercultural mainstreaming‘. So soll bei allen Maßnahmen, Projekten und Entscheidungen die unterschiedliche Situation von Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund einbezogen und beachtet werden.“² Dieser Antrag wurde folgendermaßen begründet: „Neben der erfolgreichen Etablierung des ‚gender mainstreaming‘ soll das ‚intercultural mainstreaming‘ in der Verwaltung für die Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund sensibilisieren. Dieses Prinzip soll bei allen Maßnahmen, Projekten und Entscheidungen beachtet werden. Integrationspolitik soll also nicht nur Querschnittsaufgabe sein, sondern die Verwaltung muss darüber hinaus darlegen, wie sie die unterschiedliche Lebenssituation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in ihr Handeln mit einbezogen hat.“ Was das im einzelnen heißt, was sich hinter dem Begriff „Intercultural Mainstreaming“ verbirgt und was nicht, soll hier nachfolgend diskutiert werden.

Die Wortverwandtschaft und die offenkundige strukturelle Nähe des „Intercultural Mainstreaming“ zum „Gender Mainstreaming“ legen nahe, an dieser Stelle zunächst einige Bemerkungen zum Thema „Gender Mainstreaming“ zu machen. Historisch liegen die Wurzeln dieser Strategie in der weltweiten Frauenbewegung. Diese musste nämlich feststellen, dass ihre in den UN-Weltfrauenkonferenzen beschlossenen Empfehlungen zur Verbesserung der Lage der Frauen keine Erfolge zeigten. Die nationalen Regierungen, die sich nur freiwillig selbstverpflichteten, setzten diese Empfehlungen nicht um. Den berechtigten Forderungen musste also mehr Nachdruck verliehen werden. So wurde 1995 auf der 4. UN-Weltfrauenkonferenz in Peking die Strategie „Gender Mainstreaming“ verabschiedet. Die Regierungen erhielten nun den Auftrag, in allen Politikbereichen und in jedem Fall nachzuprüfen, welche Auswirkungen ihre Politik auf die Situation der Frauen hat und wie geplante Maßnahmen die besondere Situation der Frauen verbessern können. Der Kontext UN-Weltfrauenkonferenz bezog Gender Mainstreaming speziell auf die Lage der Frauen, insgesamt geht es aber um die Berücksichtigung der Situation beider Geschlechter.³

Den Begriff „Gender“ kann man ins Deutsche nicht in einem einzigen Wort übersetzen. Gender bedeutet soziale und kulturelle Geschlechterrolle. Das Prinzip Gender Mainstreaming „besteht in der Reorganisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluation von Entscheidungsprozessen in allen Politikbereichen und Arbeitsbereichen einer Organisation. Das Ziel von Gender Mainstreaming ist es, in alle Entscheidungsprozesse die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen und alle Entscheidungsprozesse für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen.“ Mit dem Begriff „Mainstreaming“, wörtlich übersetzt

¹ Der vorliegende Text ist die überarbeitete Fassung des Vortrags auf der Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Migration von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin am 26.04.2006.

² Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Berlin (Hg.): programm grün.: Berlin 2006, S. 39.

³ Siehe dazu und zu den Zitaten im folgenden Absatz Stiegler, Barbara: Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender-Mainstreaming. Bonn 2000, S. 7 – 9.

„Hauptfluss“, soll unterstrichen werden, dass die Bemühungen um das Vorantreiben der Chancengleichheit nicht nur auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken ist, sondern zur Verwirklichung der Gleichberechtigung ausdrücklich sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen einzuspannen sind. Das hört sich immer noch ziemlich abstrakt an, entspricht aber vom Ansatz her der wahrscheinlich bekannteren Idee der „Querschnittspolitik“ und bedeutet, dass quer durch alle Praxisfelder und Strukturen von Organisationen die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und Maßnahmen zu deren Verbesserung berücksichtigen werden sollen. Das Gender-Mainstreaming-Konzept zielt im Gegensatz zur bisherigen Gleichstellungspolitik darauf ab, die Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern nun in alle Politikbereiche als Querschnittsaufgabe zu verankern und damit den „Appendix-Status“ der bisherigen Frauen- und Gleichstellungspolitik aufzulösen.⁴ Damit werden Männer ganz selbstverständlich zu Adressaten der Geschlechterpolitik, denn das Gender-Mainstreaming-Konzept will die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen und Männern zum Orientierungspunkt aller Maßnahmen machen. Dahinter steht die allgemeine Erkenntnis, dass das Geschlechterverhältnis im Ganzen nur verändert werden kann, wenn an seinen beiden Polen zugleich angesetzt wird.⁵

Auf der Basis bisheriger Erfahrungen können einige grundlegende Bausteine für eine erfolgreiche Umsetzung von Gender Mainstreaming benannt werden, die bei der Implementierung eines Intercultural-Mainstreaming-Konzeptes berücksichtigt werden sollten: Der Politische Wille der Spitze einer Organisation ist unbedingte Voraussetzung für das Prinzip Gender Mainstreaming. Gender Mainstreaming als Top-Down-Prozess hat aber gleichzeitig nur dann Erfolg, wenn das Konzept auch auf allen nachgeordneten Ebenen der Organisation mitgetragen wird. Hierzu ist die Herstellung von Gender-Kompetenz bei allen MitarbeiterInnen von entscheidender Bedeutung.⁶

Der Begriff des „Intercultural Mainstreaming“ bzw. „Cultural Mainstreaming“ ist relativ neu, aber bereits jetzt wird deutlich, dass sich dahinter sehr verschiedene Ansätze und Denkweisen verbergen. Bisher gibt es zwei Landesregierungen, die sich diesem Thema angenommen haben. So führt die brandenburgische Landesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage vom August 2005 bezüglich der Konzeption zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer im Land Brandenburg u.a. folgendes aus: „Die erste Fortschreibung der Konzeption der Landesregierung [vom 12. Juli 2005] enthält einen grundsätzlich neuen Politikansatz, der als ‚Cultural Mainstreaming‘ bezeichnet wird. Dabei geht es um die Sensibilisierung für und die Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensweisen gesellschaftlicher Gruppen und Personen als wesentliche Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Über den bekannten Gender Mainstreamingansatz hinaus geht es sehr umfassend um die Wertschätzung von Unterschiedlichkeit von Menschen schlechthin. Daher können mit der Leitlinie des Cultural Mainstreaming letztlich nicht nur Vorbehalte gegenüber unterschiedlicher Nationalität und Hautfarbe, sondern auch gegen andere Unterschiede, sei es durch Behinderung, Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung und sonstige Verhaltens- und Lebensweisen, im Sinne einer umfassenden Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik abgebaut werden.“⁷ Und die brandenburgische Sozialministerin Dagmar Ziegler ergänzte in einer Rede auf der 8. Landesintegrationskonferenz im November 2005 in Potsdam wie folgt: „Mir liegt viel daran, dass der

⁴ Döge, Peter: Auf dem Weg zum Managing Diversity – Gender-Mainstreaming und Cultural Mainstreaming als gemeinsame Lernprozesse in Organisationen. http://www.iaiz.de/GM_und_CM_als%20Lernprozess.pdf, AD 26.04.2006, S. 1.

⁵ Ebenda, S. 2.

⁶ Ebenda, S. 3f.

⁷ Landtag Brandenburg (Hg.): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 721 der Abgeordneten Sylvia Lehmann, Fraktion der SPD. Drucksache 4/1965, Potsdam 2005, S. 3.

mit dem Cultural Mainstreaming verbundene Aspekt der Wertschätzung von Unterschieden zwischen Menschen und der wechselseitige Lernprozess kultursensiblen Handelns allmählich im Bewusstsein nicht nur aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung, sondern auch darüber hinaus in den kommunalen Verwaltungen und in der gesamten Gesellschaft verankert wird.“⁸ Hier bezieht sich der Ansatz des Cultural Mainstreaming also nicht allein auf Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sondern es wird ein wesentlich breiterer Ansatz gewählt. Darüber wird noch zu reden sein.

Auch im Integrationskonzept des Landes Schleswig-Holstein aus dem Jahre 2002 wird auf den Ansatz des Intercultural Mainstreaming verwiesen: „Die interkulturelle Qualitätsentwicklung soll vor allem durch ein ‚intercultural mainstreaming‘ erfolgen. Alle strukturellen Ebenen und die handelnden Personen im Bildungs- und Erziehungssystem, insbesondere die Leitungskräfte, arbeiten im Rahmen ihrer Zuständigkeit und auf der gemeinsamen Grundlage des Leitbildes an konkreten Schritten zur Durchführung des interkulturellen Perspektivenwechsels. Das gilt für die Ressorts der Landesregierung ebenso wie für die Einrichtungen vor Ort.“⁹

Bei der Klärung des Begriffes „Intercultural Mainstreaming“ kommt es entscheidend darauf an, zunächst den Begriff des/der „MigrantIn“ zu klären. Wer ist MigrantIn und wer nicht? Die ungezählten Definitionen, die es inzwischen in der Migrationsliteratur und darüber hinaus dazu gibt, können und sollen an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Deshalb wird hier auf die Definition des Integrationskonzeptes des Landes Schleswig-Holstein zurück gegriffen, die eine umfassende und sehr präzise Beschreibung bietet. Demnach werden als Migrantin oder Migrant unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit alle Personen mit einem Migrationshintergrund bezeichnet. Neben staatenlosen Personen und Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit fallen hierunter auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder dem Status eines Deutschen nach Art. 116 des Grundgesetzes mit Migrationshintergrund. Rechtsstatus, Dauer des Aufenthaltes und Geburtsort sind insoweit nicht entscheidend. Personen mit derartigem Migrationshintergrund sind beispielsweise ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Kinder, auch wenn sie in 2. oder 3. Generation hier geboren sind und unabhängig davon, ob sie aus den sog. „Anwerbeländern“ kommen, sonstige EU-Bürgerinnen und Bürger, nachgezogene Familienangehörige von Ausländerinnen und Ausländern oder Deutschen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre Angehörigen, andere Eingebürgerte, Kinder aus binationalen Beziehungen, jüdische Emigrantinnen und Emigranten, Asylberechtigte, Asylbewerberinnen und Asylbewerber, (Bürger-)Kriegsflüchtlinge und Ausländerinnen und Ausländer, deren Aufenthalt aus verschiedenen Gründen nicht beendet werden kann, oder ohne Papiere.¹⁰

Kommen wir nun zur Ausgestaltung des Begriffes bzw. der Strategie „Intercultural Mainstreaming“¹¹. Grundsätzlich geht das Prinzip „Intercultural Mainstreaming“ davon aus,

⁸ Ziegler, Dagmar: Rede auf der 8. Landesintegrationskonferenz am 28. November 2005 in Potsdam-Hermannswerder zur aktuellen migrations- und integrationspolitischen Entwicklung im Land Brandenburg. http://www.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=lbm1.c.191404.de&_siteid=7, AD 26.04.2006.

⁹ Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein Juni 2002. http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/IM/Bericht_20_2F_20Gutachten/PDF/Integrationskonzept.property=pdf.pdf#search=%22integrationskonzept%20schleswig-holstein%22, AD 26.04.2006, S. 22

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 3.

¹¹ Sehr nützlich sind dabei die zahlreichen Konzepte zum Gender-Mainstreaming-Prinzip, die an vielen Stellen zu einer Transformation in ein Intercultural-Mainstreaming-Prinzip genutzt werden können. Siehe dazu z.B. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Gender Mainstreaming (GM) in der Kinder- und Jugendhilfe. <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/kinder-und-jugend,did=4946.html>, AD 26.04.2006.

dass sich die Lebenswirklichkeit von Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund in vielen Bereichen unterscheidet. Nicht erkannte Unterschiede können dazu führen, dass scheinbar „neutrale“ Maßnahmen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in unterschiedlicher Weise beeinflussen und sogar bestehende Unterschiede noch verstärken. Vor diesem Hintergrund steht Intercultural Mainstreaming für eine Politik, die das Ziel hat, den Aspekt der Chancengleichheit von Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund in alle Bereiche und Maßnahmen auf allen Ebenen einzubinden. Intercultural Mainstreaming bedeutet also grundsätzlich danach zu fragen, wie sich Maßnahmen und Gesetzesvorhaben jeweils auf Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auswirken und ob und wie sie zum Ziel der Chancengleichheit beitragen können. Intercultural Mainstreaming ist demnach eine Strategie, die die Anliegen und Erfahrungen von Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund in die Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung politischer Maßnahmen selbstverständlich einbezieht. Ausgehend davon soll sie tradierte Wahrnehmungsmuster, Werthaltungen und Vorgehensweisen und in der Folge vorherrschende Rollen von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in der Gesellschaft verändern helfen.¹² Das bedeutet, die Entwicklung, Organisation und Evaluierung von Entscheidungsprozessen und Maßnahmen so zu betreiben, dass in jedem Bereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und Auswirkungen auf MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen berücksichtigt werden, um auf das Ziel einer tatsächlichen Chancengleichheit und letztlich einer Gleichstellung hinwirken zu können.¹³

Spezifische MigrantInnenförderpolitik und Intercultural Mainstreaming sind zwei unterschiedliche Strategien für die Erreichung derselben Zielrichtung. Beide Strategien sind zur Zielerreichung notwendig und ergänzen sich gegenseitig, können sich aber nicht ersetzen. MigrantInnenförderpolitik setzt bei einer konkreten Problemstellung an, und über entsprechende Maßnahmen wird eine Lösung für dieses konkrete Problem entwickelt. Intercultural Mainstreaming setzt demgegenüber bei allen Entscheidungen an, auch bei denen, die auf den ersten Blick keinen „migrationspezifischen Problemgehalt“ haben. Alle Maßnahmen werden unter einer migrationsbezogenen Perspektive betrachtet, d.h. die möglicherweise unterschiedlichen Ausgangsbedingungen oder Auswirkungen auf MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen müssen abgefragt und ermittelt werden. Der Ansatz des Intercultural Mainstreaming beinhaltet so das Potential für eine nachhaltige Veränderung bei den Akteuren und bei allen politischen Prozessen. Dabei sind vor allem folgende Punkte wichtig:

- Eine klare Bestimmung des Großzieles: Intercultural Mainstreaming ist der Herstellung einer gerechten und gleichen Teilhabe von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in allen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen verpflichtet. Die Strategie des Intercultural Mainstreaming rückt also vor allem die Gestaltung von sozialen Verhältnissen in das Zentrum ihrer Maßnahmen. Zugleich soll auch deutlich werden, welche enormen Innovations-, Effektivitäts- und Kreativitätspotentiale in Organisationen und in der Gesellschaft durch Menschen mit Migrationshintergrund entfaltet werden können. Zuwanderung gilt es als Chance und nicht als Risiko zu begreifen.

- Abschied vom Verständnis einer migrationsneutralen Politik: In fast allen Lebensbereichen bestehen Unterschiede in der Lebensrealität von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen. Daher ist das Ausgehen von migrationsneutralen Entscheidungen irreführend und bedeutet in der

¹² Vgl. Ahlemeyer, Uwe: Zuwanderungsbedingte Nachteile ausgleichen und Chancengleichheit zu einheimischen Jugendlichen herstellen. In: Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings, Heft 4/2005, S. 15.

¹³ Vgl. Ahlemeyer, Uwe: The importance of the citizenship and ethnical connections for the educational work with (young) immigrants in the Federal Republic of Germany. http://gruene-berlin.de/site/fileadmin/imm/Importance_of_citizenship.pdf, AD 26.04.2006, S. 8-10.

Regel eine selbstverständliche Übernahme der bisherigen „deutschen“ Sicht- und Vorgehensweisen. Es soll also nicht an spezifischen Personengruppen - den MigrantInnen – angesetzt werden, sondern es werden die Entscheidungsgrundlagen und -abläufe in Organisationen und in der Gesellschaft insgesamt auf den Prüfstand gestellt.

- Notwendigkeit der Erhöhung des MigrantInnenanteils: Zur gleichberechtigten Teilhabe und zur erfolgreichen Durchführung von Intercultural Mainstreaming gehört auch, dass MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen Einfluss nehmen auf die Gestaltung auf allen Ebenen. Dies erfordert gezielte MigrantInnenfördermaßnahmen, um den MigrantInnenanteil auf allen Hierarchieebenen, insbesondere in Entscheidungs- und Leitungspositionen, zu erhöhen.

- Leitungsnahe Ansiedlung des Prozesses: Da der Erfolg des Intercultural-Mainstreaming-Prozesses, insbesondere in der Initiierungsphase, aber auch in den verschiedenen Durchführungsstadien, vom erklärten politischen Willen der obersten Hierarchieebene abhängt, müssen die für die Umsetzung eingerichteten Organe und Arbeitsgruppen so angesiedelt sein, dass Rücksprachen und Informationsaustausch und die Behebung von Umsetzungsproblemen und -widerständen kurzfristig möglich sind.

- Erarbeitung eines gemeinsamen Arbeitskonzeptes mit inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben: In der Anfangsphase zur Umsetzung des Intercultural Mainstreaming müssen Chancen, Voraussetzungen, Probleme und Herausforderungen ermittelt und abgeschätzt, die angestrebten Ergebnisse festgelegt und als Reaktion darauf konkrete Konzepte für die inhaltliche und organisatorische Umsetzung entwickelt werden. Um einen solch breit angelegten Prozess zu steuern, beobachten und bewerten zu können, ist die Erarbeitung eines gemeinsamen und verbindlichen Arbeitsplanes mit inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben wichtig.

- Vermittlung von Kompetenz und Sachkenntnis durch Bewusstseinsbildung und Schulungen: Intercultural Mainstreaming als Strategie zur Erreichung der Chancengleichheit und Gleichstellung von MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen erfordert ein entsprechendes Problembewusstsein und das notwendige Fachwissen über migrationsspezifische Unterschiede in allen Sachgebieten. Da diese bislang nicht in der notwendigen Breite bestehen, sind regelmäßige und zu aktualisierende Informationsveranstaltungen und Schulungen wichtig, die das erforderliche interkulturelle Fachwissen und Bewusstsein in allen organisatorischen Ebenen vermitteln und zur Handlungsgrundlage werden lassen.

Zusammenfassend soll Intercultural Mainstreaming also ein Instrument sein, um Ethnizität, die ethnischkulturelle Herkunft bzw. den ethnischkulturellen Hintergrund als selbstverständlich mitgedachte Kategorie – als eine Art mentalen Automatismus – in Politik und Verwaltung einzubringen. Intercultural Mainstreaming ist eine Strategie, die die Anliegen und Erfahrungen sowohl der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch der nichtdeutschen Minderheitsgesellschaften in die Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung politischer Maßnahmen selbstverständlich einbezieht.

Gegen den Ansatz des Intercultural Mainstreaming, auch wenn er noch verhältnismäßig neu ist, werden bereits zahlreiche Gegenargumente¹⁴ ins Feld geführt. So besteht die große Sorge, dass dadurch das Gender Mainstreaming verwässert und ausgehöhlt wird. Zudem hätten wir es z.B. in spätestens zehn Jahren mit dem „Generation Mainstreaming“ zu tun. Die Frage sei also, was noch alles in Mainstreaming-Ansätzen handhabbar gemacht werden soll. Das ist

¹⁴ Siehe z.B. Heinrich, Bettina: Intercultural Mainstreaming oder Cultural Diversity? http://www.migration-boell.de/downloads/diversity/dialogforum_ikm.pdf#search=%22Intercultural%20Mainstreaming%20oder%20Cultural%20Diversity%22, AD 26.04.2006, S. 17f.

zunächst ein berechtigter Einwand und weist darauf hin, dass sich Politik und Verwaltung in dieser Frage mehr als bisher Gedanken machen müssen, nach welchen Kriterien und aufgrund welchen Leitbildes das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gestaltet werden soll. Gerade ein Leitbild für unsere Gesellschaft legt aber nahe, zu dessen Verwirklichung verschiedene Mainstreaming-Ansätze zu entwickeln. Ein weiteres Gegenargument bezieht sich darauf, dass die Betrachtung des Geschlechterverhältnisses bipolar angelegt ist und diese Bipolarität nicht übertragbar ist auf ethnisch-kulturelle Fragen. Dazu ist anzumerken, dass der Aspekt der Bipolarität auch in der Gender-Diskussion bereits nicht mehr haltbar ist. Auch das Gender Mainstreaming nimmt allmählich Abschied von der Vorstellung homogener Geschlechtergruppen und andere Unterscheidungsmerkmale treten hervor. Das dritte und zentralste Kontra-Argument besteht in der Frage, was die Grundlage für das Intercultural Mainstreaming, d.h. die zentrale Kategorie ist – das Nicht-Deutsch-Sein, die ethnische Herkunft, die nationale Herkunft, der Kulturkreis, der religiöse Kulturkreis? Das beinhaltet die Frage, ob durch die Ethnisierung von MigrantInnen nicht ein Problem konstruiert wird, das zu lösen der Intercultural-Mainstreaming-Ansatz vorgibt. Dem ist entgegen zu halten, dass es beim Intercultural Mainstreaming nicht um eine Ethnisierung von Bevölkerungsgruppen geht, sondern vor allem um eine Reaktion auf signifikant unterschiedliche soziale Indikatoren und gesellschaftliche Verhaltensweisen. So sind z.B. AusländerInnen von Arbeitslosigkeit prozentual wesentlich stärker betroffen als Deutsche. Und auch der Anteil der AusländerInnen an den SozialhilfeempfängerInnen liegt wesentlich höher als der Anteil an der Gesamtbevölkerung. Zudem zeigen bislang vorliegende Studien übereinstimmend, dass Kinder ausländischer Herkunft gegenüber deutschen Kindern im Schulsystem in Bezug auf den Schultyp und die Dauer des Schulbesuchs benachteiligt sind. Auch wenn bei diesen Statistiken fast immer auf die Staatsangehörigkeit abgehoben wird und nicht auf die ethnisch-kulturelle Herkunft bzw. Zugehörigkeit, ist das Bild bei den deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund absolut vergleichbar. Das alles hat natürlich auch etwas mit der alltäglichen Diskriminierung von MigrantInnen in unserer Gesellschaft zu tun. So ist ein russischer, türkischer oder anderer Akzent oft ausreichend, um die Wohnung nicht angemietet, den Ausbildungsplatz, die Arbeitsstelle oder den günstigen Geschäftskredit nicht zu bekommen.¹⁵ Zentrale Kategorie beim Intercultural Mainstreaming sollte dementsprechend die oben gegebene Definition des/r MigrantIn sein, also alle Personen mit einem Migrationshintergrund unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

Abschließend soll hier kurz auf den Ansatz des Cultural Diversity bzw. Managing Diversity eingegangen werden. Hierzu gibt es die unterschiedlichsten Ansätze, die versuchen, Vielfalt als Strukturprinzip von Gesellschaften und Gemeinschaften fassbar zu machen. Es gibt sie vor allem bei Wirtschaftsunternehmen und vereinzelt auch auf nationalstaatlicher Ebene. Im Vordergrund der Diversity-Strategie bei Wirtschaftsunternehmen steht – was nahe liegend und legitim ist – der ökonomische Erfolg. Die Unternehmen setzen also darauf, Umsatz und Gewinn dadurch zu steigern, dass die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wahrgenommen, wertgeschätzt und gezielt eingesetzt wird. Beim Autokonzern Ford werden als Teil der sog. Unternehmenskultur dabei z.B. durch eine Betriebsvereinbarung alle Beschäftigten aufgefordert, Wertschätzung und Toleranz gegenüber allen MitarbeiterInnen zu zeigen, unabhängig davon, welcher Nationalität, Religion, sexuellen Identität oder gesellschaftlichen Gruppe sie oder er angehört. Die Kernbotschaft, das Motto bei Ford ist: „Vielfalt bedeutet Stärke und Vielfalt braucht Individualität.“¹⁶

¹⁵ Gomani, Corrina: Vom Multikulturalismus zum Kontraktualismus: Zukunftsweisendes Konzept oder (verunglücktes) Gedankenexperiment? http://www.migration-boell.de/web/integration/47_721.asp, AD 15.08.2006.

¹⁶ Vgl. Jablonski, Hans W. : Diversity-Konzept der Ford-Werke. http://www.migration-boell.de/downloads/diversity/dialogforum_ikm.pdf#search=%22Intercultural%20Mainstreaming%20oder%20Cultural%20Diversity%22, AD 26.04.2006, S. 29 – 34.

Im wissenschaftlichen Diskurs wird inzwischen das Prinzip Intercultural Mainstreaming vs. Cultural Diversity diskutiert. Das ist grundlegend falsch. Vielmehr muss es um die Kopplung des Ansatzes des Cultural Diversity mit dem des Intercultural Mainstreaming gehen. Die große Herausforderung für Politik und Verwaltung in einer pluralen Gesellschaft besteht darin, Differenz zu organisieren. Cultural Diversity taugt hier als Leitbild, muss aber, um eine Handlungsgrundlage für Politik und Verwaltung zu bilden, angereichert oder auch zum Teil entökonomisiert werden. Gleichzeitig muss es Instrumente geben, die dazu dienen, das Leitbild umzusetzen. Das kann und muss u.a. das Intercultural-Mainstreaming-Prinzip leisten. Es muss ein mentaler Automatismus in Politik und Verwaltung in Gang gesetzt werden, was Entscheidungen für Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund bedeuten. Bezogen auf den Ausgangspunkt heißt das konkret: Auf der Grundlage des Leitbildes Cultural Diversity müssen wir Politik und Verwaltung unter dem Aspekt der interkulturellen Qualitäts- und Organisationsentwicklung durchleuchten. Es geht also nicht um Cultural Diversity oder Intercultural Mainstreaming, sondern um ein „und“, nämlich um ein Leitbild und eine dazugehörige Strategie.

Literaturverzeichnis

- Ahlemeyer, Uwe: Zuwanderungsbedingte Nachteile ausgleichen und Chancengleichheit zu einheimischen Jugendlichen herstellen. In: Jugendpolitik – Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings, Heft 4/2005, S. 12 – 15.
- Ahlemeyer, Uwe: The importance of the citizenship and ethnical connections for the educational work with (young) immigrants in the Federal Republic of Germany. http://gruene-berlin.de/site/fileadmin/immi/The_importance_of_citizenship.pdf, AD 26.04.2006.
- Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Berlin (Hg.): programm grün:. Berlin 2006.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Gender Mainstreaming (GM) in der Kinder- und Jugendhilfe. <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/kinder-und-jugend,did=4946.html>, AD 26.04.2006.
- Döge, Peter: Auf dem Weg zum Managing Diversity – Gender-Mainstreaming und Cultural Mainstreaming als gemeinsame Lernprozesse in Organisationen. http://www.iaiz.de/GM_und_CM_als%20Lernprozess.pdf, AD 26.04.2006.
- Gomani, Corrina: Vom Multikulturalismus zum Kontraktualismus: Zukunftsweisendes Konzept oder (verunglücktes) Gedankenexperiment? http://www.migration-boell.de/web/integration/47_721.asp, AD 15.08.2006.
- Heinrich, Bettina: Intercultural Mainstreaming oder Cultural Diversity? http://www.migration-boell.de/downloads/diversity/dialogforum_ikm.pdf#search=%22Intercultural%20Mainstreaming%20oder%20Cultural%20Diversity%22, AD 26.04.2006.
- Jablonski, Hans W.: Diversity-Konzept der Ford-Werke. http://www.migration-boell.de/downloads/diversity/dialogforum_ikm.pdf#search=%22Intercultural%20Mainstreaming%20oder%20Cultural%20Diversity%22, AD 26.04.2006.
- Landesregierung Schleswig-Holstein (Hg.): Konzept der Landesregierung zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein Juni 2002. http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/IM/Bericht_20_2F_20Gutachten/PDF/Integrationskonzept,property=pdf.pdf#search=%22integrationskonzept%20schleswig-holstein%22, AD 26.04.2006.
- Landtag Brandenburg (Hg.): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 721 der Abgeordneten Sylvia Lehmann, Fraktion der SPD. Drucksache 4/1965, Potsdam 2005.
- Stiegler, Barbara: Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender-Mainstreaming. Bonn 2000.
- Ziegler, Dagmar: Rede auf der 8. Landesintegrationskonferenz am 28. November 2005 in Potsdam-Hermannswerder zur aktuellen migrations- und integrationspolitischen Entwicklung im Land Brandenburg. http://www.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=lbm1.c.191404.de&_siteid=7, AD 26.04.2006.